

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Zugang

von 1 Stelle für eine beamtete Hilfskraft der Gruppe A 15,
von 2 Stellen für beamtete Hilfskräfte der Gruppe A 14 und
von 1 Stelle für eine beamtete Hilfskraft der Gruppe A 11
(jeweils Abordnungen).

Tit. 425 10: Bezüge der Angestellten

Streichung

von 1 Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe I a BAT,
von 1 Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe III a BAT und
von 1 Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe VI b BAT.

Zugang

von 1 Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe IV a BAT

Zugang

von 1 Leerstelle der Vergütungsgruppe I BAT

Umwandlung

von 1 Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe I BAT
in 1 Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe I a BAT.

Tit. 426 10: Bezüge der Arbeiter

Streichung

von 2 Arbeiterstellen der Lohngruppe VI MTL II und
von 1 Arbeiterstelle der Lohngruppe IV MTL II.

Zugang

von 1 Leerstelle für Arbeiter der Lohngruppe VI MTL II.

(Zu den Personaltiteln siehe im übrigen Anlage 1 zu
diesem Protokoll)

Sachtitel in Einzelplan 02

Kap. 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Tit. 523 00: Ergänzung und Unterhaltung der Bibliothek
der Landesregierung

Die von der SPD-Fraktion beantragte Erhöhung des Titel-
ansatzes um 10 000 DM auf 154 000 DM zu Lasten des
Tit. 539 00 wird einstimmig beschlossen.

Tit. 539 00: Staatspreise Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuß beschließt - ebenfalls einstimmig - die
zur Deckung der Mehrausgabe bei Tit. 523 00 vorgenom-
mene Kürzung des Titelansatzes um 10 000 auf 50 000 DM.

Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

Zur Änderung der Titelgruppe stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag, der bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen wird:

1. In den Haushaltsvermerken wird hinter Ziffer 5 als neue Ziffer 6 eingefügt:
 6. Ausgaben aus Titel 541 71 und Titel 684 71 (neu) sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Der Ansatz bei Titel 541 71 - Durchführung einer Landesausstellung "Nordrhein-westfälische Entwicklungszusammenarbeit" wird zugunsten des Titels 684 71 (neu) um 100 000 DM auf 100 000 DM gekürzt. - Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern.
3. Es wird folgender neue Titel eingefügt:

Titel 684 71: Entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Der Titelansatz beträgt 100 000 DM.
4. Die Erläuterungen zu Titel 684 71 sind wie folgt zu fassen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für Seminare, insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsveranstaltungen zum Thema Dritte Welt.

(Zu diesem Antrag siehe auch Anlage 2)

Kap. 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung

Tit. 684 20: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit

Die von der SPD-Fraktion beantragte Erhöhung des Titelansatzes um 1 300 000 DM auf 5 600 000 DM wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die der F.D.P. angenommen. -

Die von der Fraktion der CDU und/oder der F.D.P.-Fraktion zu den folgenden Positionen gestellten - und von der Mehrheitsfraktion sämtlich abgelehnten - Anträge sind im Diskussionsprotokoll im einzelnen wiedergegeben:

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Kap. 02 010

Tit. 531 10, Tit. 812 00, Tit. 427 60 und Tit. 526 60

Kap. 02 020

Tit. 686 10 und Tit. 526 81.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 02 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Vertreter der Oppositionsfraktionen angenommen.

Berichterstatter: Abg. Elfring (CDU)

3 Europa-Aktivitäten, europarelevante Angelegenheiten und
Einrichtung eines NRW-Büros in Brüssel

Der Hauptausschuß nimmt den vom Chef der Staatskanzlei erstatteten Kurzbericht zu dem Thema entgegen.

In der sich anschließenden Debatte wird die Landesregierung gebeten, ihre europapolitischen Bestrebungen mit dem Landtagspräsidenten abzustimmen, vor allem was Kontakte zum Europaparlament betrifft, sowie dem Ausschuß mindestens zweimal jährlich mündlich über Fragen der Europapolitik zu berichten.

4 Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/501
Vorlage 10/279

Der Hauptausschuß billigt den Gesetzentwurf einstimmig entsprechend dem Regierungsentwurf nach Maßgabe der folgenden, interfraktionell vereinbarten Änderungen:

§ 4 des Entwurfs erhält nachstehende Fassung:

(1) Der Verdienstorden wird durch den Ministerpräsidenten verliehen. Der Ministerpräsident und der Präsident des Landtags sind Inhaber des Verdienstordens.

(2) Vorschlagsberechtigt für den Landtag ist der Präsident des Landtags.

(3) Vorschlagsberechtigt sind im übrigen die Mitglieder der Landesregierung für ihre Geschäftsbe-
reiche.

In Satz 1 der Begründung zu § 4 werden die Worte "in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt" ersatzlos gestrichen.

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

5 Erster Erfahrungsbericht des Rundfunkausschusses
Nordrhein-Westfalen
Vorlage 10/259

Die vom Vorsitzenden des Rundfunkausschusses, Prof. Holthoff, vorgetragene mündliche Ergänzung zu dem vorgelegten Erfahrungsbericht wird vom Hauptausschuß entgegengenommen.

Nach einer ausführlichen Grundsatzdebatte, bei der u. a. um die bei einem künftigen Landesmediengesetz zu berücksichtigenden Erfahrungen bei der Praktizierung des vorläufigen Einspeisungsgesetzes durch den Rundfunkausschuß geht, erörtert der Hauptausschuß Themen des Jugendschutzes, der Werbung in den Medien und des Vielfaltgebotes. Dabei werden zur Verdeutlichung Ausschnitte aus beanstandeten Sendungen vorgeführt.

Zu gegebener Zeit soll eine erneute Aussprache mit den Mitgliedern des Rundfunkausschusses stattfinden.

Nächste Sitzungen: Donnerstag, 6. März 1986, 9.00 Uhr
(vor dem Plenum)

In dieser Sondersitzung wird die Beratung des in der heutigen Sitzung wegen Erkrankung des Ministerpräsidenten zurückgestellten Gesetzentwurfs über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen - Drucksache 10/390 - stattfinden.

16. bis 18. April 1986

Reise des Ausschusses nach Straßburg

Für seine medienpolitische Reise nach Frankreich und in die Schweiz nimmt der Hauptausschuß grundsätzlich die 29. Jahreswoche - 14. bis 22. Juli 1986 - in Aussicht und beauftragt den Ausschußassistenten, mit entsprechenden Vorbereitungen zu beginnen.

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Aus der Diskussion

Vorab entschuldigt der Vorsitzende den Ministerpräsidenten, dessen Erkrankung ihn daran hindere, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. - Hierzu bemerkt Abg. Dr. Pohl (CDU), dies werde Konsequenzen für zwei Punkte der heutigen Tagesordnung haben. In der letzten Sitzung habe die CDU den Wunsch geäußert, das Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben wegen der bei der Entwurf noch offenen Fragen mit dem Ministerpräsidenten erörtern zu können. Der CDU sei keineswegs an einer Verzögerung der Beratungen gelegen; heute jedoch müsse der Entwurf von der Tagesordnung abgesetzt werden. - Der gleiche Antrag werde zu Punkt 6 - Landesentwicklungsbericht NW 1984 - gestellt. Eine im Rahmen des LEB anstehende medienpolitische Debatte ohne den Ministerpräsidenten zu führen, komme nicht in Betracht. Zur Beurteilung eines künftigen Medienstaatsvertrags sei der Ausschuß darauf angewiesen, die Einschätzung des Regierungschefs dazu zu hören, der bei der letzten Debatte über dieses Thema zugesichert habe, das Ergebnis seiner Gespräche mit Hessens Ministerpräsident Börner dem Ausschuß mitzuteilen. - Zu Punkt 4 der Tagesordnung - Verdienstorden des Landes - werde sich Dr. Worms noch äußern. -

Gegen eine Absetzung des Landesentwicklungsberichts hat der Vorsitzende keine Bedenken. - Könnte das Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs jetzt nicht behandelt werden, gäbe es allerdings Terminschwierigkeiten.

Trotzdem beharrt Abg. Dr. Pohl (CDU) auf der Anwesenheit des Ministerpräsidenten bei der Behandlung dieses Gesetzentwurfs. Eine Beratung unter Beteiligung des Innenministers reiche ihm nicht aus. - Demgegenüber spricht sich Abg. Büssow (SPD) für die Erörterung des Punktes in der heutigen Sitzung aus. Gegebenenfalls sollte der Ministerpräsident in einer späteren Sondersitzung des Ausschusses noch zu den Bedenken der CDU Stellung nehmen. - Für das Begehren der Opposition, die anstehende medienpolitische Grundsatzdiskussion mit dem Regierungschef zu führen, zeigt der SPD-Sprecher jedoch Verständnis. In diesem Zusammenhang sollte - trotz des Prinzips der Diskontinuität - auch die Resolution des Landtags vom 20.6.1983 zum Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr und zur Änderung des Staatsvertrags über den Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten im Ausschuß behandelt werden; die Landesregierung und möglicherweise auch der WDR-Intendant sollten zu dem Thema gehört werden, wie der Westdeutsche Rundfunk diese Resolution beachtet habe. Der Landtag von Rheinland-Pfalz habe sich mit dieser Frage befaßt und die Stellungnahme des Südwestfunk-Intendanten entgegengenommen.

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Bestehe die SPD-Fraktion darauf, den Gesetzentwurf über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs heute zu erörtern, erklärt Abg. Dr. Pohl (CDU), werde sich seine Fraktion an der Beratung nicht beteiligen. Ein Studium der zu dem Entwurf dem Ausschuß zugeleiteten Vorlage 10/290 zeige, daß noch einige der darin enthaltenen Aussagen mit dem Ministerpräsidenten geklärt werden müßten. - Hierauf regt der Vorsitzende an, in der vor dem Gespräch mit dem Rundfunkausschuß einzulegenden Mittagspause zu einer Entscheidung darüber zu gelangen, ob der Entwurf jetzt zu behandeln sei. -

Zu dem Gesetzentwurf Drucksache 10/501 über den Verdienstorden des Landes NW versichert Abg. Dr. Worms (CDU), beide Oppositionsfraktionen trügen dieses Gesetzesvorhaben mit. Bei zwei Bestimmungen bedürfe der Text aber noch der Änderung; darüber könnte in der Pause - unter Umständen auch mit dem Chef der Staatskanzlei - gesprochen werden. Das Vorlagerecht sei in der gewählten Formulierung nicht annehmbar, und auch über den Status des Ministerpräsidenten müsse noch einmal gesprochen werden. Es wäre wünschenswert, sich auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigen zu können. - Der Vorsitzende stellt fest, dieser Tagesordnungspunkt werde auf die Zeit nach der Mittagspause verschoben oder - falls eine Einigung noch nicht zustande komme - von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Zu einem späteren Zeitpunkt erklärt sich auch Abg. Büssow (SPD) namens seiner Fraktion mit der von der CDU begehrten Vertagung des Gesetzes über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs einverstanden; der Entwurf wird in einer Sondersitzung des Ausschusses am 6. März 1986, 9.00 Uhr (vor der Plenarsitzung) im Beisein des Ministerpräsidenten erörtert. - Der Landesentwicklungsbericht bleibt abgesetzt; das Gesetz über den Verdienstorden des Landes wird nach der Mittagspause behandelt. -

Nach dieser Geschäftsordnungsdebatte beginnt der Hauptausschuß mit der Behandlung der für diese Sitzung noch anstehenden Punkte.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung k e i n Diskussionsprotokoll.

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Zu 2: Haushaltsgesetz 1986

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/450, 10/451, 10/500 und 10/650

a) Einzelplan 01 - Landtag

Landtagspräsident Denzer trägt vor, Veränderungen gegenüber dem vorliegenden Entwurf habe er dem Ausschuß nicht mitzuteilen. Bei wenigen Positionen gebe es allerdings rechnerische Korrekturen der Ansätze. So seien aufgrund der Novellierung des Abgeordnetengesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 1986 die Entschädigungen bzw. Aufwandsentschädigungen der Landtagsabgeordneten angehoben worden; dies habe bei Aufstellung des Entwurfs noch nicht berücksichtigt werden können. - Eine Anpassung der Ansätze ergebe sich ferner bei den Zuschüssen für die Fraktionen und den Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern der Abgeordneten; hier wirkten sich die im Rahmen der Lohnrunde für den öffentlichen Dienst geschlossenen Tarifverträge aus. Die entsprechenden Zahlen würden sobald wie möglich nachgetragen. - Der Präsident berichtet, er habe dieses Thema am Vorabend mit den Fraktionsvorsitzenden erörtert. Dabei sei vereinbart worden, die Vorlage zur Änderung des Einzelplans 01, die zur heutigen Sitzung nicht mehr rechtzeitig habe erstellt werden können, dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Beratung zuzuleiten. - Präsident Denzer bittet den Hauptausschuß darum, dem Einzelplan 01 einschließlich der sich insbesondere aus dem Abgeordnetengesetz und aus den tarifvertraglichen Änderungen ergebenden Korrekturen zuzustimmen. - Personalanforderungen, die über den Entwurf hinausgingen, seien nicht vorgesehen.

Mit dem vorgeschlagenen Verfahren erklärt sich Abg. Hardt (CDU) namens seiner Fraktion einverstanden. Er ersucht darum, in der dem Haushalts- und Finanzausschuß zuzuleitenden Vorlage auch die Erläuterungen zu Tit. 586 00 des Landtagsetats entsprechend zu formulieren. - Dies sagt Präsident Denzer zu.

Namens seiner Fraktion stimmt auch Abg. Büssow (SPD) dem empfohlenen Procedere zu.

Bei dieser Gelegenheit erinnert Präsident Denzer daran, daß Abg. Büssow in der vorletzten Sitzung die Frage der Einführung von Abgeordneten in das neue Kommunikationssystem des Landtags zur Sprache gebracht habe (APr 10/147 Seite 2).

Als Ergebnis des Gesprächs mit den Fraktionsvorsitzenden teilt der Präsident mit, es würden vier Einführungsseminare mit bis zu 15 Teilnehmern durchgeführt; in diese Kurse sollten auch Mitarbeiter der Fraktionen einbezogen werden. Es werde noch ge-

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

prüft, ob die vier- bis fünftägigen Seminare "vor Ort" abgehalten werden könnten; um die parlamentarische Arbeit nicht zu behindern, sollten die Kurse am Anfang bzw. Ende der Sommerpause stattfinden. Die Fraktionen erhielten in Kürze entsprechende Informationen. Die Anberaumung der Einführungsseminare sei Voraussetzung dafür, daß der Landtag eine Reihe von Systemen zur probeweisen Nutzung beschaffe; mehrere mit ihrer Handhabung vertraut gemachte Abgeordnete könnten sich dann jeweils in die Nutzung eines Systems teilen. Auf jeden Fall gelte es zu verhindern, daß die Abgeordneten bei Einzug in das neue Landtagsgebäude ohne Vorkenntnisse mit dem neuen Kommunikationssystem konfrontiert würden. Die notwendigen Vorbereitungen würden getroffen. -

Der Hauptausschuß billigt den Einzelplan 01 einstimmig entsprechend dem Haushaltsentwurf nach Maßgabe der vom Landtagspräsidenten angekündigten, im Haushalts- und Finanzausschuß noch zu beratenden Veränderungen. - Die Berichterstattung wird Abg. Dr. Worms (CDU) übertragen.

b) Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten
Vorlage 10/194

Die Beratung des Stellenplans im Haushalt des Ministers für Bundesangelegenheiten konzentriert sich auf die hier ausgewiesene Abteilungsleiterstelle der Gruppe B 7. - Minister Einert verweist dazu auf seine Ausführungen in der 13. Sitzung des Hauptausschusses am 15. Januar 1986 (APr 10/147 Seiten 3 ff.), worin er keinen Hehl daraus gemacht habe, daß die Stelle bei einem Freiwerden nicht mehr zu besetzen wäre. Damals habe er noch davon ausgehen können, daß der betreffende Beamte eine Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes aufnehmen werde. Dazu sei es bisher nicht gekommen, wie er, Einert, auf die Mündliche Anfrage 43 am 29. Januar 1986 im Plenum erklärt habe (Plenarprotokoll 10/14 S. 906 B). Deswegen werde verständlicherweise in den Fraktionen darüber diskutiert, ob die Stelle mit einem kw- oder einem ku-Vermerk versehen werden solle. Hierbei wäre freilich zu bedenken, daß ein solcher Vermerk, bezogen auf einen bestimmten Beamten, der die Stelle möglicherweise noch über Jahre besetze, "keine glückliche Konstruktion" wäre. Aus diesem Grunde bliebe zu erwägen, ob nicht, wie dies beim Kultusminister in einem vergleichbaren Fall praktiziert worden sei, von der Ausbringung eines kw-Vermerks auf seine verbindliche Erklärung hin, daß die B-7-Stelle bei einem Freiwerden nicht mehr besetzt werde, abgesehen werden könne. Eine solche Erklärung will der Minister vor dem Hauptausschuß wie vor dem Haushalts- und Finanzausschuß abgeben. Vom

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Ergebnis her wäre damit das gleiche erreicht wie mit einem kw-Vermerk: das Entfallen der Stelle bei Freiwerden. - Der Minister bittet darum, das aufgetretene spezielle Problem auf diese Weise zu lösen.

Abg. Dr. Worms (CDU) wendet sich entschieden dagegen, hier Parallelen zu einem Fall beim Kultusminister zu ziehen, und begründet seine Ablehnung in einzelnen. Das Anliegen Minister Einerts hält der CDU-Fraktionsvorsitzende allerdings für berechtigt. Es gelte jedoch, den tatsächlichen Wirkungskreis des Beamten klar zu umschreiben; darauf sollte der Ausschuß nicht verzichten.

Das vom Minister für Bundesangelegenheiten empfohlene politische Verfahren komme einem kw-Vermerk praktisch gleich, stellt Abg. Büssow (SPD) fest. Der Haushalts- und Finanzausschuß sollte sich mit dem Thema befassen, nachdem die Erklärungen im Hauptausschuß ausgetauscht seien.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, daß die Funktion des betreffenden Beamten demnächst entfallen sollte; daher könne eine befriedigende Stellenbeschreibung kaum gegeben werden. Schließlich hätten sich Ministerpräsident und Bundesratsminister überzeugend für den Einsatz eines Staatssekretärs in Bonn ohne Vergrößerung des Personalbestands des Ministers für Bundesangelegenheiten ausgesprochen. Bedauerlicherweise habe sich die Absicht des betreffenden Beamten, in einen anderen Tätigkeitsbereich zu wechseln, bisher nicht verwirklicht. Im Grunde habe der Haushalts- und Finanzausschuß darüber zu befinden. Für den Hauptausschuß jedoch müsse politisch klar sein, daß die Stelle bei Freiwerden nicht wieder besetzt werde; dies lasse sich durch eine verbindliche Erklärung erreichen.

Das Thema sollte hier ausdiskutiert werden, empfiehlt Abg. Dr. Worms (CDU). Es sei nicht einzusehen, weshalb nicht der Chef der Staatskanzlei ein offenes Gespräch mit dem Vorsitzenden der Oppositionsfraktion suchen sollte. Es sei das Recht der Landesregierung, den politischen Willen zu äußern, so wie vorgetragen zu verfahren. Es müsse aber auch im Zusammenhang mit Einzelplan 02 andere Einsatzmöglichkeiten für den Beamten geben. Die Regierung trage die Verantwortung für die Auswahl von Bediensteten nach ihrer Qualifizierung. Die Opposition dürfe in diesem Punkt keineswegs übergangen werden.

Minister Einert bleibt bei seiner Auffassung, daß es nicht erforderlich sei, die Stelle wieder mit einem Beamten der Besoldungsgruppe B 7 zu besetzen. Eine Umwandlung in einen niedriger bewertete Stelle lasse sich freilich rechtfertigen. Der Mini-

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

ster ist bereit, dem Parlament einen Geschäftsverteilungsplan mit entsprechender Aufgabenbeschreibung zuzuleiten, in dem auch ein angemessener Tätigkeitsbereich für den betreffenden Beamten ausgewiesen werde. Immerhin liege die personelle Besetzung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten im Vergleich mit den Stellenplänen der entsprechenden Häuser anderer Flächenländer am unteren Ende; das könne die vorgetragene Argumentation unterstützen.

Auf einen Hinweis des Vorsitzenden spricht sich Abg. Grätz (SPD) dafür aus, der Ausschuß möge die eindeutige Erklärung des Minister Einerts heute zustimmend zur Kenntnis nehmen. Angesichts der finanziellen Situation sei sparsamer Personaleinsatz geboten. Allerdings wäre es bei der immer schwieriger werdenden Beobachtung der Bundespolitik wünschenswert, die personellen Ressourcen hierfür zu verstärken. Von daher gebe es für den betroffenen Beamten viele sinnvolle Aufgaben, wenn sie auch nicht unabdingbar seien. Einen Vergleich zum Kultusministerium sollte man freilich in diesem Fall nicht ziehen.

Während Abg. Dr. Worms (CDU) namens seiner Fraktion äußert, man könnte sich mit einem ku-Vermerk zufriedengeben, sollte das Thema aber an anderer Stelle noch einmal aufgreifen, bemerkt Abg. Büssow (SPD), dadurch würde sich für den Beamten nichts Entscheidendes ändern. Der Punkt sollte nach dem jetzt erfolgten Austausch der Argumente im Haushalts- und Finanzausschuß behandelt werden. - Der Vorsitzende betrachtet das Anliegen Dr. Worms, ein Gespräch mit der Staatskanzlei über die Veränderungen in den Einzelplänen 02 und 09 zu führen, als berechtigt. Dem sollte man sich nicht verschließen. - Staatssekretär Dr. Leister versichert, dem Wunsch werde gern entsprochen.

Abg. Dr. Worms (CDU) hebt hervor, seine Fraktion könnte dem vorgeschlagenen Verfahren zustimmen, wenn die abgegebene Erklärung in die Erläuterungen zum Einzelplan 09 aufgenommen und festgehalten werde, daß über den Fall in absehbarer Zeit erneut gesprochen werden müsse; die notwendigen Konsequenzen seien zu ziehen. Damit wäre dem Schutzgedanken ebenso Rechnung getragen wie den sich sachlich ergebenden Notwendigkeiten.

Als Auffassung seiner Fraktion stellt der Vorsitzende heraus, daß eine Verzicht auf die an sich gebotene Ausbringung eines kw-Vermerks die eindeutige Erklärung des Ministers voraussetze, daß die B-7-Stelle bei Freiwerden nicht wieder besetzt werde und auch eine Umwandlung nach Gruppe B 4 nicht in Betracht komme, es sei denn, der Ausschuß käme zu einem anderen Ergebnis. Dies hätte die Wirkung eines kw-Vermerks und wäre eine vertretbare Lösung.

Hauptausschuß
15. Sitzung

20.02.1986
hz-er

Die CDU-Fraktion sei gleichfalls der Ansicht, betont Abg. Dr. Pohl (CDU), daß eine Stellenumwandlung nach Gruppe B 4 ebenso auszu-schließen sei wie eine Wiederbesetzung. - Abg. Büssow (SPD) spricht sich dafür aus, die von Minister Einert abgegebene Erklärung ins Protokoll aufzunehmen und dafür auf die Ausbringung eines kw-Vermerks zu verzichten. Die beiden großen Fraktionen seien hier in der Sache einer Meinung.

Aufgrund der ausdrücklichen Erklärung Minister Einerts, die B-7-Stelle in seinem Hause werde bei Ausscheiden des gegenwärtigen Stelleninhabers nicht wieder besetzt und auch nicht in eine niedriger dotierte Stelle umgewandelt, sieht der Hauptausschuß von der Ausbringung eines kw-Vermerks bei der Position ab. - Im übrigen wird Einzelplan 09 in der Fassung der Regierungsvorlage entsprechend den in den Anlagen zu Vorlage 10/194 enthaltenen Über-sichten gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und F.D.P. mit der Mehrheit der Vertreter der SPD angenommen. - Berichterstatter: Abg. Büssow (SPD).

c) Einzelplan 13 - Landesrechnungshof
Vorlage 10/234

Der Hauptausschuß billigt Einzelplan 13 einstimmig ohne Aus-sprache in der Fassung des Regierungsentwurfs gemäß Vorlage 10/234. - Mit der Berichterstattung wird Abg. Dr. Rohde (F.D.P.) betraut.

d) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Vorlagen 10/227, 10/237 und 10/284

Staatssekretär Dr. Leister (Staatskanzlei) trägt vor, nach der Sondersitzung des Hauptausschusses vom 5. Februar 1986, in der der Einzelplan 02 erörtert worden sei, habe die Staatskanzlei eine Ergänzungsvorlage (10/284) erstellt, aus der sich die Prüfungsfeststellungen des LRH im Vergleich zu den bestehen-bleibenden Stellenanforderungen ergäben. Die Staatskanzlei habe die von ihr ursprünglich angemeldeten 25 Mehrstellen unter Anlegung strengster Maßstäbe und unter Verzicht auf möglicher-weise zu erfüllende Aufgaben noch einmal überprüft und halte ein Mehr von 15 Stellen für absolut notwendig; dies sei ihr Beitrag zu einer haushaltsmäßig vernünftigen Lösung.